WP-6-324 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Antragsteller*in: Dario Planert (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu WP-6

Von Zeile 323 bis 325 einfügen:
Referendar*innen, Dozierende, Prüfungsämter und Berufsverbände – einbinden. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Sexismus, Klassismus sowie Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit muss fester Bestandteil der Ausbildung werden. Weitere Ziele sind

Begründung

Antisemitische Vorfälle sind eine Kategorie von großer straf- und verwaltungsrechtlicher Relevanz. Dies zeigt sich etwa in der anhaltenden Debatte um den antisemitischen Charakter einiger Parolen auf Demonstrationen oder antisemitische Motivationen hinter Gewalttaten. Auch mit dem Verständnis antiziganistischer Klischees hat sich die bundesdeutsche Justiz historisch schwer getan, wie etwa das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 7. Januar 1956 in lehrbuchhafter Weise demonstriert. In den vergangenen Jahren standen Sinti*zze und Rom*nja, meist Migrant*innen aus Südosteuropa, wieder vermehrt im Fokus der Öffentlichkeit, wobei antiziganistische Stereotype teils sogar in der Berichterstattung großer Medienhäuser reproduziert wurden. Die Justiz ist nicht immun gegenüber der öffentlichen Meinung, weshalb die kritische Auseinandersetzung mit Antiziganismus unbedingt erforderlich ist.

Unterstützer*innen

Jacqueline Lori Fingerle (KV Berlin-Pankow); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln); Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hannah Wettig (KV Berlin-Pankow); Ole Jacobs (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dustin Eikmeier (LV Grüne Jugend Berlin)